

Studie zur aktuellen sozialen Lage Jugendlicher nach der Vereinigung: Ergebnisse der Meinungsumfrage M9 unter besonderer Berücksichtigung der Teilpopulation der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren ; Primärinformation

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1990). Studie zur aktuellen sozialen Lage Jugendlicher nach der Vereinigung: Ergebnisse der Meinungsumfrage M9 unter besonderer Berücksichtigung der Teilpopulation der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren ; Primärinformation. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-404614>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZENTRALINSTITUT FÜR
JUGENDFORSCHUNG LEIPZIG

Studie zur aktuellen sozialen Lage
Jugendlicher nach der Vereinigung

Ergebnisse der Meinungsumfrage M 9
unter besonderer Berücksichtigung
der Teilpopulation der Jugendlichen
zwischen 15 und 25 Jahren

PRIMÄRINFORMATION

Leipzig, 31. Dezember 1990

INHALT

	Seite
0. Vorbemerkungen	2
1. Bereitschaft zu beruflicher und territorialer Mobilität im Zusammenhang mit künftigen Erfordernissen der Arbeitstätigkeit	4
2. Zukunftsoptimismus, Zukunftsangst	12
3. Erleben von Bedrohungen	16
4. Verbleib oder Übersiedlung	22
5. Erwartungen an Recht und Ordnung	25
6. Rechtsradikale Forderungen	26
7. Die Erwartungen der neuen Bundesbürger an die Ministerpräsidenten ihrer Länder	29
8. Anhang	34
8.1. Parteipräferenzen der ehemaligen DDR-Bürger	34
8.1.1. Wahlverhalten der ehemaligen DDR-Bürger	34
8.1.2. Vertrauen zu CDU/CSU und SPD	38
8.2. Informationen zur Untersuchungspopulation	40

Die Studie wurde erarbeitet von:

Prof. Dr. Peter Förster (zugleich Forschungsleiter)
Dipl.-Psych. Ralph Kuhnke
Dr. Günter Roski

Mitarbeit:

Viola Mittag und Heide Scharfe (Auswertung offener Fragen)

0. VORBEMERKUNGEN

Die in dieser Studie dargestellten Ergebnisse zur aktuellen sozialen Lage Jugendlicher wurden in der neunten repräsentativen Meinungsumfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig erhoben. Angezielt waren Aussagen von Bürgern aller neuen Bundesländer sowie Ostberlins im Alter zwischen 15 und 75 Jahren. Die Altersgruppe der 15- bis 24jährigen steht in diesem Bericht im Mittelpunkt der Analyse, in allen Tabellen werden die entsprechenden Daten gesondert ausgewiesen. Zu Vergleichszwecken werden in vielen Fällen die Daten der älteren Altersgruppen mit angeführt.

Die Erhebung erfolgte kurz vor den gesamtdeutschen Bundestagswahlen, überwiegend zwischen dem 19.11. und 2.12.1990. Eingesetzt wurde ein zweiseitiger Fragebogen. Die Befragung erfolgte auf schriftlichem Weg. Mit Hilfe einer Zufallsauswahl (EDV-mäßig aufbereitete Auswahl aus der Einwohnermeldekartei) wurden rund 1350 Bürger aus allen neuen Bundesländern einbezogen. Diese Stichprobe ist für die Gesamtbevölkerung dieser Länder zwischen 15 und 75 Jahren repräsentativ (s. 8.2.). Für eine sachsen-spezifische Analyse wurden weitere 320 Bürger dieses Bundeslandes einbezogen, ebenfalls nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Der vorliegende Bericht trägt den Charakter einer kurzgefaßten Primärinformation. Eine differenziertere Auswertung war infolge objektiv bedingter Verzögerungen bei der statistischen Aufbereitung der Daten und der Auflösung des Instituts Ende Dezember 1990 nicht mehr möglich.

Zum Vergleich werden in mehreren Tabellen Ergebnisse vorangegangener Umfragen angeführt, die zwischen November 1989 und November 1990 durchgeführt wurden. Sie werden als M 1 bis M 8 zitiert und fanden zu folgenden Zeitpunkten statt:

- M 1 Ende November 1989
- M 2 Anfang Februar 1990
- M 3 Anfang März 1990
- M 4 Ende April 1990
- M 5 Mitte Juni 1990
- M 6 Ende Juli 1990 (im Auftrage des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel")
- M 7 Mitte August 1990
- M 8 Ende September 1990 (ebenfalls im Auftrage des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel")

Es werden folgende Abkürzungen verwendet:

Wähler von: CDU SPD PDS	Potentielle Wähler dieser Parteien bei den gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 (durch eine spezielle Frage hierzu ermittelt)
15 - 24 Jahre 25 - 44 Jahre 45 - 64 Jahre	Altersgruppen
Arbeitsplatz ist sicher ist unsicher	Differenzierung entsprechend den Angaben der Befragten dazu, wie sicher ihr Arbeitsplatz ist (Zusammenfassung: völlig/ziemlich sicher = "sicher"; völlig/ziemlich unsicher = "unsicher")
Arbeitslose Arbeiter Angestellte Rentner usw.	Zugehörigkeit zu sozialökonomischer Gruppe entsprechend den Angaben zu der entsprechenden Frage
lernende/studierende Jugend	Zusammenfassung von: Schüler, Lehrlinge, Studenten
Optimisten Pessimisten	Differenzierung entsprechend den Angaben dazu, inwieweit man die persönliche Zukunft optimistisch oder pessimistisch sieht (Zusammenfassung: optimistisch/ eher optimistisch als pessimistisch = "Optimist"; pessimistisch/ eher pessimistisch als optimistisch = "Pessimist")
wohnhaft in Orten: unter 2 000 Einwohner bis 10 000 Einwohner usw.	Differenzierung entsprechend der Anzahl der Einwohner des Wohnortes
wohnhaft in: Mecklenburg-Vorpommern Brandenburg usw.	Differenzierung entsprechend dem Bundesland

1. BEREITSCHAFT ZU BERUFLICHER UND TERRITORIALER MOBILITÄT IM ZUSAMMENHANG MIT KÜNFTIGEN ERFORDERNISSEN DER ARBEITSTÄTIGKEIT

Die notwendige Sanierung der am Boden liegenden Wirtschaft im Osten Deutschlands unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten stellt sich als eine der dringlichsten Aufgaben. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in den östlichen Bundesländern erweist sich zunehmend als katastrophal. Eine Schließungsmeldung jagt die andere, betroffen sind gleichermaßen Betriebe wie auch Einrichtungen der Wissenschaft, Kunst und Kultur. So ist es nicht verwunderlich, daß die Gefahr einer möglichen Arbeitslosigkeit zunehmend mehr Menschen beunruhigt. Im November waren es insgesamt 60% der Befragten, die sich durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlten (ausführlicher dazu im Punkt 3). Eine sinn-erfüllte Arbeit zu haben, so belegen Untersuchungen, gehört aber nach wie vor zu den zentralen Lebenswerten der Deutschen im Osten. Insgesamt 85% einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe maßen ihr in der Augustumfrage des Zentralinstituts für Jugend-forschung große bzw. sehr große Bedeutung für das eigene Leben bei. Danach befragt, wie die berufstätige Bevölkerung in Ostdeutschland die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes beurteilt, zeichnet sich Ende November folgendes Bild:

Tab. 1 - 1: Beurteilung der Sicherheit des Arbeitsplatzes
(Erwerbstätige ohne Arbeitslose)

"Wie sicher ist Ihr eigener Arbeitsplatz?"

- 1 völlig sicher
- 2 ziemlich sicher
- 3 ziemlich unsicher
- 4 völlig unsicher

	1	2	3	4
M 9 Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	5	42	37	16
18 - 29 Jahre	6	42	36	13
18 - 24 Jahre	5	42	38	15
25 - 44 Jahre	5	46	36	13
45 - 64 Jahre	3	37	39	20
18 - 65 Jahre männlich	4	47	35	14
weiblich	6	38	39	17
18 - 24 Jahre männlich	2	44	38	16
weiblich	9	40	36	15
Arbeiter	3	37	41	19
Angestellte	5	45	37	13
Bauern	0	21	36	43
Selbständige	14	73	11	3
Qualifikation: Facharbeiter	5	40	38	17
Meister	5	57	23	15
Fachschulabschluß	6	47	38	9
Hochschulabschluß	2	42	41	15

Insgesamt gesehen beurteilen etwas über 50% der Befragten ihren Arbeitsplatz als ziemlich bzw. völlig unsicher. Bei dieser Einschätzung zeigen sich in den Altersgruppen relativ geringe Unterschiede. Tendenziell als unsicherer beurteilen vergleichsweise ältere Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Deutlichere Unterschiede treten zwischen den sozialen Gruppen auf. In ihnen spiegelt sich die gegenwärtige Situation wider: hohe Unsicherheit im landwirtschaftlichen Bereich, relative Sicherheit bei Selbständigen.

Folgende Tabelle ermöglicht einen Vergleich, wie die Sicherheit des Arbeitsplatzes im Juli (M 6) und September (M 8) von den Befragten beurteilt wurde, und verdeutlicht ein relativ gleichbleibendes Verhältnis von Sicherheit und Unsicherheit.

Tab. 1 - 2: Beurteilung der Sicherheit des Arbeitsplatzes seit Juli 1990

		1	2	3	4
M 6	18 - 65 Jahre	7	39	41	13
	18 - 24 Jahre	6	37	42	15
M 8	18 - 65 Jahre	7	41	37	15
	18 - 24 Jahre	3	38	46	13
M 9	18 - 65 Jahre	5	42	37	16
	18 - 24 Jahre	5	42	38	15

Mit dem Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft verbunden stellen sich erhöhte Anforderungen an die berufliche und territoriale Mobilität der Arbeitnehmer. Wie es um die Bereitschaft der Erwerbstätigen in Ostdeutschland bestellt ist, diesen Erfordernissen gerecht zu werden, war eine wichtige Fragestellung der Novemberumfrage. Die ermittelten Ergebnisse sollen in der folgenden Übersicht dargestellt werden:

Tab. 1 - 3: Bereitschaft zu beruflicher Mobilität der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Ländern

"Inwieweit sind Sie in Verbindung mit Ihrer Arbeitstätigkeit zu folgendem bereit?"

- 1 vollkommen
- 2 mit gewissen Einschränkungen
- 3 kaum
- 4 überhaupt nicht

	1	2	3	4
--	---	---	---	---

mich in meinem Beruf weiterbilden

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	64	20	10	6
18 - 29 Jahre	73	14	8	5

Fortsetzung Tabelle 1 - 3:

18 - 24 Jahre		73	15	5	7
25 - 44 Jahre		69	19	8	4
45 - 64 Jahre		50	23	17	10
18 - 65 Jahre	männlich	69	18	8	5
	weiblich	60	21	12	7
18 - 24 Jahre	männlich	70	20	6	4
	weiblich	76	10	4	10
Arbeiter		60	21	14	5
Angestellte		70	20	6	4
Bauern		47	19	19	15
Selbständige		79	9	6	6
Arbeitslose		43	15	21	21
Qualifikation: ohne Beruf/					
	Teilfacharbeiter	34	16	34	16
	Facharbeiter	58	22	13	7
	Meister	66	20	6	8
	Fachschulabschluß	70	19	8	3
	Hochschulabschluß	80	14	3	3
Arbeitsplatz ist sicher		71	19	7	3
	ist unsicher	62	21	11	6

an einer Umschulung in einem
artverwandten Beruf teilnehmen

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre		37	40	12	11
18 - 29 Jahre		45	34	15	6
18 - 24 Jahre		50	28	17	5
25 - 44 Jahre		42	41	10	7
45 - 64 Jahre		25	39	14	22
18 - 65 Jahre	männlich	35	40	13	12
	weiblich	39	39	11	11
18 - 24 Jahre	männlich	46	24	24	6
	weiblich	53	33	10	4
Arbeiter		38	42	11	9
Angestellte		38	40	12	10
Bauern		42	46	4	8
Selbständige		37	31	6	26
Arbeitslose		27	36	17	20
Qualifikation: ohne Beruf/					
	Teilfacharbeiter	44	19	12	25
	Facharbeiter	36	40	13	11
	Meister	40	41	6	13
	Fachschulabschluß	38	43	10	9
	Hochschulabschluß	35	40	12	13
Arbeitsplatz ist sicher		33	38	15	14
	ist unsicher	43	41	8	8

Fortsetzung Tabelle 1 - 3:

an einer Umschulung in einen
völlig anderen Beruf teilnehmen

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	13	33	23	28
18 - 29 Jahre	22	37	21	20
18 - 24 Jahre	29	33	21	17
25 - 44 Jahre	18	40	21	21
45 - 64 Jahre	9	22	26	43
18 - 65 Jahre männlich	15	29	25	31
weiblich	17	37	21	25
18 - 24 Jahre männlich	34	20	26	20
weiblich	23	45	17	15
Arbeiter	19	33	26	22
Angestellte	13	36	22	29
Bauern	15	15	47	23
Selbständige	14	17	26	43
Arbeitslose	22	27	12	39
Qualifikation: ohne Beruf/ Teilfacharbeiter	38	19	12	31
Facharbeiter	16	33	23	28
Meister	22	30	25	23
Fachschulabschluß	14	37	23	26
Hochschulabschluß	9	35	23	33
Arbeitsplatz ist sicher	12	30	25	33
ist unsicher	18	37	23	22

eine berufsfremde Tätigkeit ausüben

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	21	52	15	12
18 - 29 Jahre	24	51	15	10
18 - 24 Jahre	27	45	19	9
25 - 44 Jahre	22	55	14	9
45 - 64 Jahre	16	50	16	18
18 - 65 Jahre männlich	22	50	14	14
weiblich	19	55	17	9
18 - 24 Jahre männlich	32	40	20	8
weiblich	21	50	19	10
Arbeiter	25	54	12	9
Angestellte	17	53	18	12
Bauern	21	54	7	18
Selbständige	23	37	20	20
Arbeitslose	25	46	11	18

Fortsetzung Tabelle 1 - 3:

Qualifikation: ohne Beruf/				
Teilfacharbeiter	/\ 43	36	12	9
Facharbeiter	21	53	14	12
Meister	25	47	16	12
Fachschulabschluß	18	51	19	12
Hochschulabschluß	15	54	17	14
Arbeitsplatz ist sicher	20	46	20	14
ist unsicher	21	48	12	9

mich selbständig machen

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	10	14	30	46
18 - 29 Jahre	14	17	40	29
18 - 24 Jahre	16	13	47	24
25 - 44 Jahre	10	18	34	38
45 - 64 Jahre	6	9	19	66
18 - 65 Jahre männlich	12	18	33	37
weiblich	7	11	27	55
18 - 24 Jahre männlich	16	12	42	30
weiblich	17	15	51	17
Arbeiter	6	17	34	43
Angestellte	7	14	32	47
Bauern	8	12	27	53
Selbständige	77	8	0	15
Arbeitslose	11	12	21	56
Qualifikation: ohne Beruf/				
Teilfacharbeiter	6	19	25	50
Facharbeiter	8	11	32	49
Meister	23	25	18	34
Fachschulabschluß	7	16	33	44
Hochschulabschluß	12	17	27	44
Arbeitsplatz ist sicher	13	16	29	42
ist unsicher	6	13	34	47

Die dargestellten Ergebnisse belegen, daß eine deutliche Mehrheit der befragten Bürger ihre Bereitschaft zu Qualifizierungsmaßnahmen bzw. Umschulungsmaßnahmen bekunden. Am höchsten ausgeprägt ist dabei die Bereitschaft, sich durch berufliche Weiterbildung für die künftigen Anforderungen des Arbeitslebens zu rüsten. 64% sind dazu vorbehaltlos, weitere 20% mit gewissen Einschränkungen bereit. Erkennbar ist ein größer werdender Anteil Qualifizierungswilliger mit zunehmendem Qualifizierungsniveau. Auch in bezug auf Umschulungen in einen artverwandten Beruf ist große Bereitschaft feststellbar, wenn auch mit einem höheren Anteil einschränkender Zustimmung. 37% sind ohne, weitere 40% mit Einschränkungen dazu bereit.

Immerhin auch fast ein Viertel der Befragten würden den Schritt in die Selbständigkeit wagen (10% ohne, 14% mit Vorbehalten). Dabei sind mehr Männer als Frauen bereit, diesen Weg einzuschlagen (30% gegenüber 18%). Vergleicht man die Gruppen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau, so wird deutlich, daß sich insbesondere Befragte mit Meisterabschluß (48% von ihnen) gute Chancen auf einen erfolgreichen Start in die Selbständigkeit ausrechnen.

Wie sieht es nun mit der Bereitschaft zur territorialen Mobilität im Zusammenhang mit Erfordernissen des Erwerbs aus?

Tab. 1 – 4: Bereitschaft zu territorialer Mobilität der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Ländern

1 vollkommen
2 mit gewissen Einschränkungen
3 kaum
4 überhaupt nicht

	1	2	3	4
<u>meinen Wohnort innerhalb meines</u>				
<u>jetzigen Bundeslandes wechseln</u>				
Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	5	17	25	53
18 - 29 Jahre	9	26	26	39
18 - 24 Jahre	7	31	32	30
25 - 44 Jahre	5	18	27	50
45 - 64 Jahre	3	12	30	66
18 - 65 Jahre männlich	5	19	25	51
weiblich	4	15	25	56
18 - 24 Jahre männlich	14	28	34	24
weiblich	0	34	32	34

Fortsetzung Tabelle 1 - 4:

Arbeiter	4	17	25	54
Angestellte	5	19	27	49
Bauern	8	8	27	57
Selbständige	6	9	20	65
Arbeitslose	4	12	17	67
Qualifikation: ohne Beruf/ Teilfacharbeiter	13	19	13	55
Facharbeiter	3	15	25	57
Meister	5	14	23	58
Fachschulabschluß	6	15	29	50
Hochschulabschluß	6	25	24	45
Arbeitsplatz ist sicher	6	17	25	52
ist unsicher	4	17	27	52

in eines der anderen ostdeutschen
Bundesländer ziehen

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	3	11	21	65
18 - 29 Jahre	5	17	22	56
18 - 24 Jahre	5	20	21	54
25 - 44 Jahre	3	11	25	61
45 - 64 Jahre	2	8	14	76
18 - 65 Jahre männlich	3	11	22	64
weiblich	3	11	20	66
18 - 24 Jahre männlich	8	20	14	58
weiblich	2	21	29	48
Arbeiter	2	11	21	66
Angestellte	4	12	24	60
Bauern	4	0	19	77
Selbständige	6	3	20	71
Arbeitslose	1	9	7	83
Qualifikation: ohne Beruf/ Teilfacharbeiter	7	7	16	70
Facharbeiter	1	9	22	68
Meister	5	8	19	68
Fachschulabschluß	4	12	20	64
Hochschulabschluß	7	17	24	52
Arbeitsplatz ist sicher	3	10	23	64
ist unsicher	3	12	23	62

Fortsetzung Tabelle 1 - 4:

in eines der Bundesländer der
ehemaligen BRD übersiedeln

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	5	14	21	60
18 - 29 Jahre	8	23	18	50
18 - 24 Jahre	9	30	19	42
25 - 44 Jahre	5	15	25	55
45 - 64 Jahre	3	10	15	72
18 - 65 Jahre männlich	6	17	21	56
weiblich	3	12	20	65
18 - 24 Jahre männlich	14	34	22	30
weiblich	4	27	17	52
Arbeiter	5	15	21	59
Angestellte	5	15	22	58
Bauern	0	8	15	77
Selbständige	3	9	23	65
Arbeitslose	4	14	17	65
Qualifikation: ohne Beruf/ Teilfacharbeiter	6	20	13	61
Facharbeiter	4	13	20	63
Meister	6	14	22	58
Fachschulabschluß	4	15	22	59
Hochschulabschluß	8	17	23	52
Arbeitsplatz ist sicher	5	15	22	58
ist unsicher	5	14	20	61

Aus der Ergebnisübersicht wird deutlich, daß insgesamt gesehen die Bereitschaft zur einer territorialen Veränderung im Zusammenhang mit Erfordernissen der Arbeitstätigkeit relativ gering ausgeprägt ist. Diese Tatsache ist vermutlich u.a. der augenblicklichen Lage auf dem Wohnungsmarkt sowie den zu erwartenden erheblichen Mietpreissteigerungen bei Neuvermietung geschuldet. In dieser Situation ist es verständlich, daß sich die Mehrheit der Bürger nach dem Motto "Was man hat, das weiß man, was man bekommt, aber nicht" verhält.

Insgesamt 22% der Erwerbstätigen würden, den Ergebnissen der Befragung zufolge, mit oder ohne Vorbehalt einen Wohnortwechsel innerhalb ihres Bundeslandes in Kauf nehmen, wenn sich dies in Verbindung mit ihrer Arbeitstätigkeit erforderlich machen sollte. 14% wären auch bereit, in eines der anderen ostdeutschen Bundesländer zu ziehen, und 19% würden gegebenenfalls in eines der westlichen Bundesländer übersiedeln.

Deutlich höher als in der Gesamtgruppe ist verständlicherweise die Migrationsbereitschaft unter den weniger ortsgebundenen jüngeren Leuten. Von den 15- bis 24jährigen (und hier verstärkt männliche) würden 38% innerhalb des Landes, 25% in ein anderes Ostland und 39% in eines der Westländer Deutschlands umziehen.

2. ZUKUNFTSOPTIMISMUS, ZUKUNFTSANGST

Die Ausprägung des Zukunftsoptimismus gehört zu den Grundbefindlichkeiten des Menschen, die sein Denken und Verhalten stark beeinflussen. Sie läßt auf die Grundstimmung in der Bevölkerung insgesamt bzw. der Jugend schließen. Veränderungstendenzen in dieser oder jener Richtung widerspiegeln Grundprozesse in der Gesellschaft und beeinhalteten somit relevante Informationen für die Politik.

Tab. 2 - 1: Ausprägung des Zukunftsoptimismus im Trend seit Jahresbeginn 1990

"Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?"

- 1 optimistisch
- 2 eher optimistisch als pessimistisch
- 3 eher pessimistisch als optimistisch
- 4 pessimistisch

	1	2	(1+2)	3	4
<hr/>					
<u>15 - 65 Jahre DDR/Ostdeutschland</u>					
<u>gesamt</u>					
M 2 (Febr. 1990)	23	39	(62)	30	8
M 3 (März 1990)	33	40	(73)	22	5
M 4 (April 1990)	36	40	(76)	20	4
M 5 (Juni 1990)	34	38	(72)	22	6
M 6 (Juli 1990; 18 - 65 J.)	34	36	(70)	22	8
M 7 (August 1990; 18 - 65 J.)	38	34	(72)	19	9
M 8 (September 1990)	36	37	(73)	20	7
M 9 (Dezember 1990)	29	42	(71)	23	6
 <u>15 - 24 Jahre</u>					
M 2	30	41	(71)	26	3
M 3	35	41	(76)	17	7
M 4	34	47	(81)	16	3
M 5	38	41	(79)	18	3
M 6 (18 - 24 J.)	34	42	(76)	19	5
M 7 (18 - 24 J.)	45	38	(83)	11	6
M 8	40	46	(86)	11	4
M 9	34	50	(84)	12	4

Ende November/Anfang Dezember 1990 äußerten 71 Prozent der ostdeutschen Bürger Zukunftsoptimismus, darunter 29 Prozent ohne Einschränkung, weitere 42 Prozent mit der Einschränkung "eher optimistisch als pessimistisch". Gegenüber August (M 7) ist eine rückläufige Veränderung deutlich ablesbar: der Anteil der uneingeschränkten Optimisten verringerte sich von 38 auf 29 Prozent. Besonders deutlich ist dieser Rückgang bei den weiblichen Befragten: von 37 Prozent im August auf 24 Prozent Anfang Dezember! (männliche: von 40 auf 35 Prozent). Das könnte auf eine Trendwende hindeuten, resultierend aus der erheblichen Zunahme aktueller Verunsicherungen und Ängste (s. 3.).

Auch bei den Jugendlichen deutet sich eine solche Regression an, obwohl sie nach wie vor überdurchschnittlich häufig optimistisch in ihre Zukunft blicken. Das veranschaulicht noch anschaulicher die folgende verdichtete Tabelle, in der die Antwortpositionen 1 und 2 als insgesamt optimistische Zukunftssicht zusammengefaßt wurden:

Tab. 2 - 2: Anteil optimistischer Zukunftssichten im Trend, differenziert nach den Altersgruppen (Antwortpositionen 1 und 2 zusammengefaßt, in Klammer: Anteil uneingeschränkt optimistischer Haltungen)

	A l t e r s g r u p p e n :			
	15 bis 65 Jahre (Gesamt)	15 bis 24 Jahre	25 bis 44 Jahre	45 bis 65 Jahre
M 2	62 (23)	71 (30)	61 (21)	57 (22)
M 3	73 (33)	76 (35)	75 (33)	68 (31)
M 4	76 (36)	81 (34)	78 (38)	73 (36)
M 5	71 (34)	79 (38)	75 (34)	63 (33)
M 6 (18-24)	70 (34)	76 (34)	73 (34)	65 (35)
M 7 (18-24)	72 (38)	83 (45)	77 (39)	64 (37)
M 8	73 (36)	86 (40)	77 (37)	59 (32)
M 9	71 (29)	84 (34)	75 (28)	64 (28)

Der Rückgang vorbehaltlos optimistischer Zukunftssichten ist in allen Altersgruppen erkennbar, auch bei den Jugendlichen. Es wäre außerordentlich wichtig, diese Tendenzen weiter analytisch zu begleiten.

Die folgende Tabelle 2 - 3 informiert über einige weitere Differenzierungen der Ergebnisse der 9. Umfrage:

Tab. 2 - 3: Ausprägung des Zukunftsoptimismus in verschiedenen Teilpopulationen (M 9)

- 1 optimistisch
- 2 eher optimistisch als pessimistisch
- 3 eher pessimistisch als optimistisch
- 4 pessimistisch

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamtgruppe M 9 (15-75)	30	42	(72)	22	6
männlich	35	40	(75)	19	6
weiblich	25	44	(69)	25	6
15 - 17 Jahre	41	37	(78)	18	4
18 - 29 Jahre	32	49	(71)	15	4
15 - 24 Jahre	34	50	(84)	12	4
Arbeiter	33	44	(77)	17	6
Angestellte	23	48	(71)	24	5
Rentner	34	35	(69)	23	8
Arbeitslose	22	28	(50)	34	16
Kurzarbeiter	21	43	(64)	28	8
Arbeitsplatz ist sicher	40	48	(89)	10	2
ist unsicher	17	42	(59)	32	9
Wähler von:					
CDU	44	45	(89)	10	1
SPD	24	45	(69)	24	7
Linke Liste/PDS	10	37	(47)	46	7

Die seit August ablesbare Abnahme des uneingeschränkten Zukunftsoptimismus äußert sich annähernd spiegelbildlich in einer Zunahme der Zukunftsangst, insbesondere im Anteil jener Bürger, die - im Zusammenhang mit den gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen - solche Angst seit einigen Monaten empfinden:

Tab. 2 - 4: Empfinden von Zukunftsangst

"Haben Sie Angst vor der Zukunft?"

- 1 ja, und zwar seit Jahren
- 2 ja, aber erst seit einigen Monaten
- 3 nein

	1	2	3
M 7 (18 - 75 Jahre; August 1990)	1	24	74
M 8 (18 - 75 Jahre; Oktober 1990)	3	31	66
M 9 (15 - 75 Jahre)	6	37	57
<u>15 bzw. 18 bis 24 Jahre:</u>			
M 7 (18 - 24)	1	22	77
M 8 (18 - 24)	3	32	65
M 9 (15 - 24)	3	33	64
<u>M 9:</u>			
Gesamtgruppe männlich	5	31	64
weiblich	7	43!	50
15 - 17 Jahre	2	38	60
18 - 29 Jahre	5	31	64
15 - 24 Jahre männlich	3	17	80
weiblich	4	47!	49
Arbeitslose	6	57!	37
Rentner	7	37	56
Kurzarbeiter	6	41	53
Arbeitsplatz ist sicher	5	21	74
ist unsicher	8	49!	43
<u>Wähler von:</u>			
CDU	6	19	75
SPD	9	43	48
Linke Liste/PDS	2	70	28

Auch bei den jungen Leuten hat der Anteil derer zugenommen, die erst seit kurzer Zeit ("erst seit einigen Monaten") Angst vor der Zukunft haben. Das gilt ganz besonders für die weiblichen Jugendlichen, was vor allem daraus resultiert, daß bei ihnen der Anteil derer überdurchschnittlich groß ist, die sich von möglicher Arbeitslosigkeit bedroht fühlen. Der enge Zusammenhang zwischen Zukunftsangst und Sicherheit des Arbeitsplatzes ist deutlich ablesbar. Wie die sehr unterschiedlichen Angaben der Sympathisanten der verschiedenen Parteien erkennen lassen, spielt auch das politische Engagement eine erhebliche Rolle.

3. ERLEBEN VON BEDROHUNGEN

Seit April 1990 (M 4) wurde mit Hilfe standardisierter Indikatoren verfolgt, inwieweit sich die ehemaligen DDR-Bürger von verschiedenen sich ausbreitenden Erscheinungen persönlich bedroht fühlen. Dieses Bedrohungserleben läßt Schlüsse auf den Grad ihrer sozialen Verunsicherung zu, die mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit der Wende und seit der Vereinigung beider deutscher Staaten zwangsläufig verbunden sind. Die Tabelle 3 - 1 gibt zunächst einen Überblick der nachgewiesenen Trends für die Bevölkerung insgesamt:

Tab. 3 - 1: Erleben von persönlichen Bedrohungen

"Wie stark fühlen Sie sich durch die folgenden Erscheinungen persönlich bedroht?" (Gesamtgruppe)

- 1 stark
- 2 eher stark
- 3 eher schwach
- 4 schwach

Ich fühle mich bedroht durch...	1	2	(1+2)	3	4
---------------------------------	---	---	-------	---	---

mögliche eigene Arbeitslosigkeit

M 4	21	27	(48)	33	19
M 5	31	22	(53)	25	22
M 8	33	27	(60)	24	16
M 9	37	23	(60)	22	18

Zunahme von Aggressivität und Gewalt

M 4	38	42	(80)	15	5
M 5	44	34	(78)	15	7
M 8	37	39	(76)	16	8
M 9	58!	32	(90)	8	2

Zunahme von Rechtsradikalismus

M 4	33	35	(68)	23	9
M 5	37	27	(64)	22	14
M 8	36	38	(74)	19	7
M 9	43	30	(73)	18	9

Zunahme von Egoismus in den Beziehungen der Menschen

M 4	40	38	(78)	16	6
M 5	40	32	(72)	18	10
M 8	28	46	(74)	20	6
M 9	40	33	(73)	19	8

Fortsetzung Tabelle 3 - 1:

Zunahme von Kriminalität

M 4	47	36	(83)	13	4
M 5	50	31	(81)	14	5
M 9	56	33	(89)	9	2

Zunahme von Linksradikalismus

M 4	16	24	(40)	41	19
M 9	22	22	(44)	35	21

Zunehmende Einwanderung von
Ausländern

M 9	24	24	(48)	31	21
-----	----	----	------	----	----

Im Grunde genommen werden - von Egoismus in den Beziehungen der Menschen sowie von der Einwanderung von Ausländern, die nur in der jüngsten Umfrage eine Rolle gespielt hat, abgesehen - alle untersuchten Erscheinungen mehr oder weniger deutlich zunehmend als Bedrohungen erlebt. So ist der Anteil derer, die sich durch Aggressivität und Gewalt sowie durch Kriminalität persönlich bedroht fühlen, Ende November/Anfang Dezember auf rund 90 Prozent angestiegen - verständlich angesichts der eskalierenden Gewalt z.B. im Zusammenhang mit Fußballspielen, Hausbesetzungen, sowie der sich explosionsartig entwickelnden Kriminalität (z.B. Zunahme von Banküberfällen). Deutlich zugenommen hat auch der Anteil der Erwerbstätigen, die sich stark durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit bedroht fühlen: von 21 Prozent im April auf 37 Prozent Anfang Dezember (nur Antwortposition 1).

Aus der Dezember-Umfrage geht außerdem hervor, daß sich knapp die Hälfte der Ostdeutschen (48%) durch die zunehmende Einwanderung von Ausländern bedroht fühlt! Diese Zahl läßt schon jetzt erwarten, daß angesichts wahrscheinlich stark steigender Einwanderungsquoten aus dem Osten (in Prognosen ist von bis zu 40 Millionen Flüchtlingen aus dem Osten die Rede) mit einer Eskalation ausländerfeindlichen Verhaltens zu rechnen ist.

Die nachstehende Tabelle 3 - 2 informiert über die entsprechenden Zahlen für die Jugendlichen:

Tab. 3 - 2: Erleben persönlicher Bedrohungen durch Jugendliche
(18 - 24 Jahre)

1 stark
2 eher stark
3 eher schwach
4 schwach

Ich fühle mich bedroht durch... 1 2 (1+2) 3 4

mögliche eigene Arbeitslosigkeit

M 4	29	26	(55)	28	17
M 5	33	23	(56)	27	17
M 8	42	27	(69)	22	9
M 9	29	26	(55)	30	15

Zunahme von Aggressivität und Gewalt

M 4	42	36	(78)	18	4
M 5	46	30	(76)	17	7
M 8	37	40	(77)	16	7
M 9	59	27	(86)	11	3

Zunahme von Rechtsradikalismus

M 4	42	33	(75)	19	6
M 5	44	24	(68)	20	12
M 8	44	32	(76)	18	6
M 9	46	34	(80)	11	9

Zunahme von Egoismus in den Beziehungen der Menschen

M 4	35	37	(72)	24	4
M 5	31	32	(63)	23	14
M 8	24	48	(72)	23	5
M 9	38	23	(61)	29	10

Zunahme von Kriminalität

M 4	48	32	(80)	15	5
M 5	48	28	(76)	18	6
M 9	54	32	(86)	13	1

Zunahme von Linksradikalismus

M 4	14	29	(43)	43	14
M 9	24	22	(46)	36	18

zunehmende Einwanderung von Ausländern

M 9	26	26	(52)	32	16
-----	----	----	------	----	----

Die zum Teil erhebliche Zunahme des Bedrohungsempfindens ist auch bei den Jugendlichen ablesbar. Das gilt in besonderem Maße für Aggressivität/Gewalt und Kriminalität, aber auch für Rechtsradikalismus. In fast allen Fällen fühlen sich weibliche Jugendliche (wie weibliche Befragte überhaupt) stärker durch solche Erscheinungen bedroht:

Tab. 3 - 3: Erleben persönlicher Bedrohungen, nach den Geschlechtergruppen differenziert (M 9)

Ich fühle mich bedroht durch... 1 2 (1+2) 3 4

mögliche eigene Arbeitslosigkeit

Gesamtgruppe 15-65 Jahre	m	32	24	(56)	25	19
	w	42	22	(64)	21	15
15-24 Jahre	m	25	29	(54)	32	14
	w	33	23	(56)	29	15

Zunahme von Aggressivität und Gewalt

Gesamtgruppe 15-75 Jahre	m	53	33	(88)	11	3
	w	64	30	(94)	5	1
15-24 Jahre	m	46	34	(80)	16	4
	w	71!	20	(91)	7	2

Zunahme von Rechtsradikalismus

Gesamtgruppe 15-75 Jahre	m	38	30	(68)	21	11
	w	48	32	(80)	14	6
15-24 Jahre	m	40	38	(78)	10	12
	w	52	30	(82)	12	6

Zunahme von Egoismus in den Beziehungen der Menschen

Gesamtgruppe 15-75 Jahre	m	37	34	(71)	20	9
	w	44	32	(76)	17	7
15-24 Jahre	m	31	23	(54)	34	12
	w	43	24	(67)	25	8

Zunahme von Kriminalität

Gesamtgruppe 15-75 Jahre	m	51	34	(85)	12	3
	w	62	31	(93)	6	1
15-24 Jahre	m	43	36	(79)	20	1
	w	65	28	(93)	5	2

Fortsetzung Tabelle 3 - 3:

Zunahme von Linksradikalismus

Gesamtgruppe 15-75 Jahre	m	20	20	(40)	38	22
	w	22	24	(46)	33	21
15-24 Jahre	m	24	27	(51)	29	20
	w	22	17	(39)	46	15

zunehmende Einwanderung von Ausländern

Gesamtgruppe 15-75 Jahre	m	27	25	(52)	29	19
	w	22	22	(44)	33	23
15-24 Jahre	m	32	24	(56)	29	15
	w	20	28	(48)	34	18

Für einige untersuchte Aspekte führen wir noch differenzierte Ergebnisse an:

Tab. 3 - 4: Erleben der Bedrohung durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit (M 9)

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamtgruppe 15 - 65 Jahre	37	23	(60)	22	18
15 - 17 Jahre	22	27	(49)	39	12
18 - 29 Jahre	30	27	(57)	27	16
Arbeiter	33	29	(62)	25	13
Angestellte	32	25	(57)	24	19
Bauern	52	26	(78)	15	7
Selbständige	14	9	(23)	31	46
Kurzarbeiter	45	33	(78)	17	5
Arbeitsplatz ist sicher	13	15	(28)	40	32
Arbeitsplatz ist unsicher	50	34	(84)	11	5
Wähler von: CDU	31	22	(53)	24	23
SPD	43	23	(66)	21	13
Linke Liste/PDS	48	17	(65)	22	13
Zukunftsoptimismus:					
optimistisch	25	15	(40)	30	30
eher optimistisch	27	29	(56)	28	16
eher pessimistisch/pessimistisch	64	21	(85)	6	9

Ablesbar ist ein enger Zusammenhang zum Zukunftsoptimismus; wir stellen ihn verkürzt aus der entgegengesetzten Blickrichtung dar:

Tab. 3 - 5: Zusammenhang zwischen dem Empfinden einer Bedrohung durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit und dem Zukunftsoptimismus (Gesamtgruppe M 9)

Erleben der Bedrohung durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit	Ausprägung des Zukunftsoptimismus		
	opti- mistisch	eher opti- mistisch	eher pessi- mistisch/ pessimistisch
stark	20	32	48
eher stark	20	55	25
eher schwach/schwach	43	46	11

Eine weitere Zunahme der Angst vor möglicher Arbeitslosigkeit wird mit einer (sich bereits andeutenden) Regression des Zukunftsoptimismus einhergehen.

4. VERBLEIB ODER ÜBERSIEDLUNG

Lückenlos wurde seit November 1989 erfaßt, ob die befragten Bürger weiter auf dem Territorium der DDR bzw. in Ostdeutschland leben werden oder ob sie in den Westen übersiedeln wollen. Wir informieren zunächst über den Trend:

Tab. 4 - 1: Verbleibsabsichten auf dem Gebiet der DDR/Ostdeutschlands - im Trend betrachtet

"Werden Sie weiterhin auf dem heutigen Gebiet der DDR/in Ostdeutschland leben?"

- 1 Ich bleibe auf jeden Fall hier
- 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben
- 3 Ich werde wahrscheinlich nach Westdeutschland umziehen
- 4 Ich werde auf jeden Fall nach Westdeutschland umziehen

	1	2	(1+2)	3	4	(3+4)
<hr/>						
DDR/Ostdeutschland						
<u>gesamt 15/18 - 65 Jahre</u>						
M 1	80	19	(99)	1	0	(1)
M 2	57	37	(94)	5	1	(6)
M 3	69	28	(97)	2	1	(3)
M 4	76	22	(98)	1	1	(2)
M 5	77	21	(98)	1	1	(2)
M 6	81	17	(98)	2	0	(2)
M 7	78	20	(98)	2	0	(2)
M 8	66	30	(96)	3	1	(4)
M 9	70	26	(96)	3	1	(4)
 <u>15/18 - 24 Jahre</u>						
M 1	69	29	(98)	2	0	(2)
M 2	38	50	(88)	9	3	(12)
M 3	47	46	(93)	4	3	(7)
M 4	61	35	(96)	4	0	(4)
M 5	58	38	(96)	4	0	(4)
M 6 (18 - 24 J.)	62	34	(96)	4	0	(4)
M 7 (18 - 24 J.)	55	39	(94)	5	1	(6)
M 8	33	55	(88)	11	1	(12)
M 9	47	45	(92)	6	2	(8)

Wie im September 1990 (M 8) trugen sich auch Ende November/Anfang Dezember 4 Prozent der 15- bis 65jährigen mit dem Gedanken, nach Westdeutschland überzusiedeln. Auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet wären das rund 500 000 Bürger. Beziehen wir nur jene ein, die "auf jeden Fall" umziehen wollen (ein Prozent), würde die Anzahl reichlich 100 000 Bürger betragen (mitreisende Familienangehörige nicht mit eingerechnet). Bei den jungen Leuten ist der Anteil der Übersiedlungswilligen seit September leicht zurückgegangen, beträgt aber immer noch 8 Prozent oder knapp 200 000 Bürger (davon fest zur Übersiedlung entschlossen: rund 50 000 Jugendliche).

Die tatsächlichen Übersiedlungszahlen entsprechen gut den zu Jahresbeginn 1990 ermittelten Angaben (ein Prozent hatte die feste Absicht überzusiedeln; hochgerechnet waren das zwischen 125 000 und 150 000 Personen, zu denen aber mindestens je ein Familienangehöriger hinzuzurechnen ist). Jüngsten offiziellen Mitteilungen zufolge (siehe die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Grüne/Bündnis 90; Leipziger Volkszeitung vom 21.12.1990) übersiedelten von Januar bis Anfang Oktober 1990 300 000 DDR-Bürger in die BRD. Unseren eigenen Berechnungen nach waren es von Januar bis Ende Mai 1990 rund 184 000, ddp zufolge im Juli 24 438 Personen, im August 21 798 und im September 15 938.

In der folgenden Tabelle werden die verdichteten Daten nochmals für die hauptsächlichen Altersgruppen gegenübergestellt:

Tab. 4 - 2: Verbleib auf dem Territorium der DDR/Ostdeutschlands
- im Trend betrachtet und nach Altersgruppen
differenziert

"Werden Sie weiterhin auf dem heutigen Gebiet der
DDR/in Ostdeutschland leben?"

- 1 Ich bleibe auf jeden Fall hier
- 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben
- 3 Ich werde wahrscheinlich nach Westdeutschland
umziehen
- 4 Ich werde auf jeden Fall nach Westdeutschland
umziehen

Anteil zum Bleiben entschlossener Personen (in
Klammer: Anteil fest zum Bleiben Entschlossener)

A l t e r s g r u p p e n :

	15 - 65 Jahre (Gesamt)	15 - 24 Jahre	25 - 44 Jahre	45 - 65 Jahre
M 1	99 (80)	98 (69)	99 (78)	100 (89)
M 2	94 (57)	88 (38)	95 (53)	99 (79)
M 3	97 (69)	93 (47)	98 (67)	99 (84)
M 4	98 (76)	96 (61)	98 (71)	99 (92)
M 5	98 (77)	96 (58)	99 (77)	100 (90)
M 6	98 (81)	96 (62)	97 (76)	98 (91)
M 7	98 (78)	94 (55)	98 (73)	99 (92)
M 8	96 (66)	88 (33)	97 (64)	100 (91)
M 9	96 (70)	92 (47)	96 (66)	98 (85)

Erkennbar ist, daß bei den Jugendlichen der Anteil derer erheblich geringer ist, die auf jeden Fall im Osten Deutschlands bleiben wollen. Das findet seine Entsprechung in der bereits erwähnten Tatsache, daß in dieser Altersgruppe der Anteil jener überdurchschnittlich groß ist, die im Zusammenhang mit ihrer Arbeitstätigkeit dazu bereit sind, in eines der alten Bundesländer überzusiedeln (s. 1.).

Tabelle 4 - 3 informiert für die jüngste Untersuchung über einige weitere aufschlußreiche Differenzierungen:

Tab. 4 - 3: Verbleib oder Übersiedlung (M 9)

- 1 Ich bleibe auf jeden Fall hier
- 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben
- 3 Ich werde wahrscheinlich nach Westdeutschland umziehen
- 4 Ich werde auf jeden Fall nach Westdeutschland umziehen

	1	2	(1+2)	3	4	(3+4)
Gesamtgruppe M 9 (15 - 75 Jahre)	71	25	(96)	3	1	(4)
männlich	70	27	(97)	3	0	(3)
weiblich	75	22	(97)	2	1	(3)
15 - 17 Jahre	45	47	(92)	8	0	(8)
18 - 29 Jahre	54	38	(92)	6	2	(8)
15 - 24 Jahre männlich	47	47	(94)	4	2	(6)
weiblich	46	45	(91)	7	2	(9)
Arbeiter	69	30	(99)	1	0	(1)
Angestellte	70	26	(96)	3	1	(4)
Selbständige	86	14	(100)	0	0	(0)
Rentner	96	4	(100)	0	0	(0)
Arbeitslose	60	35	(95)	4	1	(5)
lernende/studierende Jugend	40	51	(91)	8	1	(9)
Kurzarbeiter	64	32	(96)	4	0	(4)
Arbeitsplatz ist sicher	75	24	(99)	1	0	(1)
Arbeitsplatz ist unsicher	68	28	(96)	3	1	(4)
ledig	49	45	(94)	5	1	(6)
verheiratet	78	20	(98)	2	0	(2)

5. ERWARTUNGEN AN DIE SICHERUNG VON RECHT UND ORDNUNG

Die Krawalle im Zusammenhang mit Fußballspielen im November, die explodierende Kriminalitätsentwicklung und weitere negative Erscheinungen auf dem Gebiet Ordnung, Recht und Sicherheit waren der Anlaß dazu, zwei Fragen in dieser Richtung aufzunehmen, insbesondere um die Auffassungen der jungen Bürger hierzu festzustellen.

Tab. 5 - 1: Einstellungen zur Sicherung von Recht und Ordnung

"Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?"

- 1 Ich bin dafür
- 2 Ich bin dagegen
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<hr/>			
<u>Recht und Ordnung müssen notfalls auch mit staatlicher Gewalt aufrechterhalten werden.</u>			
Gesamtgruppe M 9	88	8	4
männlich	92	5	3
weiblich	83	12	5
Wähler von: CDU	93	6	1
SPD	91	7	2
Linke Liste/PDS	79	13	8
Grüne/Bündnis 90	85	12	3
15 - 24 Jahre	73	16	11
25 - 44 Jahre	89	8	3
45 - 64 Jahre	92	6	2
65 Jahre und älter	90	4	6
<u>Gegen randalierende Gruppen sollte die Polizei mit aller Härte vorgehen (z.B. im Zusammenhang mit Fußballspielen).</u>			
Gesamtgruppe M 9	93	4	3
männlich	95	3	2
weiblich	91	5	4
Wähler von: CDU	97	2	1
SPD	94	5	1
Linke Liste/PDS	89	7	4
Grüne/Bündnis 90	90	5	5
15 - 24 Jahre	86	8	6
25 - 44 Jahre	95	3	2
45 - 64 Jahre	94	3	3
65 Jahre und älter	95	3	2

Die übergroße Mehrheit spricht sich dafür aus, Recht und Ordnung notfalls auch mit den Mitteln staatlicher Gewalt durchzusetzen bzw. mit aller Härte gegen randalierende Gruppen vorzugehen. Das trifft auch für die Jugendlichen zu, wenngleich bei ihnen der Anteil der Befürworter von Gewalt etwas kleiner ist als bei den älteren Altersgruppen. Alles in allem spricht aus diesen Angaben die Erwartung fast aller Bürger, ihre Sicherheit zu gewährleisten. Wie bereits erwähnt wurde, ist der Anteil derer in jüngster Zeit erheblich angewachsen (auch unter den Jugendlichen), die sich durch die verschiedenen Äußerungsformen von Gewalt, Aggressivität und Kriminalität persönlich bedroht fühlen (s. 3.).

6. RECHTSRADIKALE FORDERUNGEN

Tab. 6 - 1: Einstellung zu einem vereinten Deutschland in den Grenzen von 1937

"Wie stehen Sie zu den Forderungen nach der Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937?"

- 1 Ich bin dagegen
- 2 Ich bin dafür
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<hr/>			
<u>Gesamtgruppe 15 - 75 Jahre</u>			
M 2	81	7	12
M 4	78	7	15
M 7 (18 - 75 Jahre)	73	11	16
M 9	78	10	12
 <u>15 - 24 Jahre</u>			
M 2	74	11	15
M 4	75	5	20
M 7 (18 - 24 Jahre)	67	16	17
M 9	81	9	10

Wie in der Bevölkerung insgesamt muß man davon ausgehen, daß auch rund jeder zehnte Jugendliche die Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 befürwortet. Ein deutlicher Trend dafür oder dagegen ist nicht ablesbar.

Einige weitere Differenzierungen aus der jüngsten Untersuchung M 9:

Tab. 6 - 2: Einstellung zu einem vereinten Deutschland in den Grenzen von 1937 (M 9)

- 1 Ich bin dagegen
2 Ich bin dafür
3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
Gesamtgruppe M 9	78	10	12
männlich	80	11	9
weiblich	76	10	14
15 - 24 Jahre	81	9	10
25 - 44 Jahre	80	8	12
45 - 64 Jahre	76	13	11
65 Jahre und älter	68	13	19
Wähler von: CDU	72	15	13
SPD	82	7	11
Linke Liste/PDS	91	3	6
Grüne/Bündnis 90	93	3	4
FDP	79	8	13

Tab. 6 - 3: Haltung zum Auftreten gegen Ausländer

"Wie stehen Sie zum Auftreten gegen Ausländer, die bei uns arbeiten?"

- 1 Ich bin dagegen
2 Ich bin dafür
3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<u>Gesamtgruppe 15 - 75 Jahre</u>			
M 2	70	13	17
M 4	66	13	21
M 7	66	17	17
M 9	67	17	16
<u>15 - 24 Jahre</u>			
M 2	67	16	17
M 4	57	19	24
M 7	60	19	21
M 9	63	19	18

Mit knapp 20 Prozent der Bevölkerung insgesamt bzw. der Jugendlichen befürwortet ein beträchtlicher Teil ausländerfeindliche Verhaltensweisen. Die Angaben lassen auf eine relativ beständige Haltung schließen.

Tab. 6 - 4: Haltung zum Auftreten gegen Ausländer (M 9)

	1 Ich bin dagegen		
	2 Ich bin dafür		
	3 Dazu habe ich keine Meinung		
	1	2	3
<hr/>			
Gesamtgruppe M 9	67	17	16
männlich	65	19	16
weiblich	68	15	17
15 - 24 Jahre	63	19	18
25 - 44 Jahre	70	17	13
45 - 64 Jahre	65	17	17
65 Jahre und älter	60	14	26
Wähler von: CDU	63	20	17
SPD	72	13	15
Linke Liste/PDS	83	11	6
Grüne/Bündnis 90	74	10	16
FDP	57	28	15
Arbeiter	59	22	19
Angestellte	73	15	12
Arbeitslose	64	16	20
Kurzarbeiter	64	20	16
Arbeitsplatz ist sicher	66	18	16
ist unsicher	69	18	13

Diese Haltung wird offensichtlich stärker durch politische Einstellungen determiniert (ablesbar an den Parteipräferenzen) als durch die aktuelle Arbeitsplatzsituation.

7. DIE ERWARTUNGEN DER NEUEN BUNDESBÜRGER AN DIE MINISTERPRÄSIDENTEN IHRER LÄNDER

Der Fragebogen enthielt abschließend eine sogenannte "offene Frage" (ohne Antwortvorgaben) mit folgendem Wortlaut: "Wenn Sie drei Wünsche an den Ministerpräsidenten Ihres Bundeslandes frei hätten: Welche wären das?" Von den insgesamt 1648 ausgewerteten Fragebögen enthielten 1501 Angaben zu dieser Frage, das entspricht rund 91 Prozent. Diese Beteiligung liegt weit über den für solche Fragen üblichen Raten und spricht für das verbreitete Interesse der Befragten, ihre Erwartungen an die Regierungen zu artikulieren. Hinzu kommt, daß die Befragten tatsächlich etwa drei Wünsche formulierten: im Durchschnitt notierten sie 2,74 Wünsche pro Person, die überhaupt Eintragungen vornahm.

Eine ähnliche Frage wurde in der vierten Umfrage im April 1990 gestellt. Damals äußerten sich rund 70 Prozent zu ihren "Drei Wünschen an die neue DDR-Regierung" (vgl. dazu die Auswertung in der Publikation P. Förster/G. Roski: DDR zwischen Wende und Wahl - Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Verlag LinksDruck Berlin, 1990, S. 172ff), im Durchschnitt brachten die Befragten 2,6 Wünsche zu Papier.

Die insgesamt 4108 schriftlich fixierten Wünsche wurden in einer zusätzlichen Auswertungsrunde analysiert und einem System von Kategorien zugeordnet. Die folgende Tabelle informiert über die Ergebnisse für die Gesamtgruppe sowie gesondert für die Teilpopulation der Bewohner des Freistaates Sachsen. Berechnungsgrundlage: Alle 4108 registrierten Wünsche wurden gleich 100 Prozent gesetzt, davon ausgehend wurden die prozentualen Anteile der den jeweiligen Kategorien zugeordneten Nennungen berechnet. Angesichts der erwähnten hohen Beteiligungsrate von 91 Prozent kann davon ausgegangen werden, daß die in der Tabelle dargestellten Wünsche die Erwartungen der Gesamtpopulation zum Ausdruck bringen, die wiederum als repräsentativ für die Bevölkerung der neuen Bundesländer angesehen werden kann (s. 8.).

Tab. 7 - 1: Anteil der verschiedenen Erwartungsinhalte an der Gesamtheit der geäußerten Erwartungen an die Ministerpräsidenten der östlichen Bundesländer insgesamt bzw. an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen

Inhalt der Nennungen	Anteil der Nennungen an allen Nennungen in %	
	Gesamtgruppe (einschließ- lich Sachsen)	nur Land Sachsen
die soziale Sicherheit aller Bürger gewährleisten, insbesondere der sozial Schwachen	30,36	28,47
Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffen, das Recht auf Arbeit und Ausbildung sichern	17,36	17,14
die wirtschaftliche Entwicklung fördern	13,61	15,92

Fortsetzung Tabelle 7 - 1:

Maßnahmen zur Erhaltung und Sanierung der Umwelt treffen, Maßnahmen gegen Müll-Notstand, für weniger überflüssige Verpackungen; das Sero-System erhalten	8,28	7,96
die gerechte Bestrafung der Schuldigen am Niedergang der DDR sichern	7,69	8,88
öffentliche Sicherheit der Bürger gewährleisten (gegen Rowdytum, besserer Schutz durch die Polizei, Maßnahmen gegen jede Form von Radikalismus, gegen Kriminalität, Drogen usw.)	5,62	6,53
für Frieden und Abrüstung eintreten, die Wehrpflicht abschaffen	3,80	2,91
wirkliche Demokratie herbeiführen und sichern, Wahlversprechen einhalten, die Bürger niemals wieder enttäuschen	2,12	1,84
das Gesundheitswesen modernisieren, die Polikliniken erhalten	1,63	1,38
bessere Freizeitmöglichkeiten schaffen, Kultur und Sport fördern, Breitensport unterstützen	1,53	1,79
Gleichberechtigung der Frau erhalten bzw. durchsetzen, § 218 abschaffen	0,90	0,71
Toleranz gegenüber Andersdenkenden üben	0,75	0,71
das Bildungswesen erneuern, politische und fachliche Überprüfung der Kräfte im Bildungswesen	0,71	0,61
die Probleme der Dritten Welt nicht aus dem Blick verlieren, hilfsbedürftige Länder unterstützen (z.B. Sowjetunion)	0,58	0,66
Verschärfung des Asylrechts, "Ausländer raus", keine Arbeitsplätze und Wohnungen für Ausländer	0,58	0,66
die Verwaltung reformieren, Bürokratie beseitigen	0,54	0,56
die Vergangenheit der letzten 40 Jahre aufarbeiten, Lehren daraus ziehen	0,46	0,41
Sonstiges	3,48	2,81

Eindeutig dominieren drei Inhalte: die Gewährleistung der sozialen Sicherheit aller Bürger, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit sowie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im jeweiligen Lande. Auf diese drei Spitzenwünsche entfallen nahezu zwei Drittel (rund 61%) aller geäußerten Wünsche an die Ministerpräsidenten. Das läßt darauf schließen, daß Regierungsprogramme und konkrete Maßnahmen vor allem daran gemessen werden, wie sie diesen Erwartungen der Bürger Rechnung tragen.

Drei bisher global angeführte inhaltliche Kategorien sollen noch etwas differenzierter dargestellt werden:

Tab. 7 - 2: Erwartungen der Befragungsteilnehmer an Maßnahmen zur Gewährleistung der sozialen Sicherheit aller Bürger, differenziert betrachtet

	Anteil der Nennungen an allen Nennungen in %	
	Gesamtgruppe (einschließ- lich Sachsen)	nur Land Sachsen
<hr/>		
<i>die soziale Sicherheit aller Bürger gewähr-</i> <i>leisten, insbesondere der sozial Schwachen</i>		
insgesamt	30,36	28,47
darunter: allgemeine Wünsche in dieser Hinsicht	8,77	8,27
höhere Gehälter und Löhne, Lohnan- gleichung an das Niveau in den alten Bundesländern, Verhältnis von Preisen und Löhnen angleichen	7,59	7,14
Renten und Vorruhestandsgelder er- höhen, den Lebensabend der älteren Bürger absichern	3,97	4,49
Kindergärten und -krippen sollen erhalten und bezahlbar bleiben	2,87	2,09
Wohnungsmieten, Preise für Energie, Wasser usw. müssen bezahlbar bleiben	2,31	1,58
Wohnungsprobleme lösen, Sozial- wohnungen bereitstellen, Altbauwohnungen sanieren	2,75	2,96
sichere Zukunft für die Kinder gewährleisten	1,66	1,33
Erhalt und Subventionierung der Alten- und Pflegeheime	0,44	0,61

Besonders häufig wird erwartet, daß die Einkünfte erhöht werden (Löhne, Gehälter, Renten). Erwartungsgemäß wird von den Rentnern überdurchschnittlich häufig eine Erhöhung der Renten erwartet.

Tab. 7 - 3: Erwartungen der Befragungsteilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, differenziert betrachtet

	Anteil der Nennungen an allen Nennungen in %	
	Gesamtgruppe (einschließ- lich Sachsen)	nur Land Sachsen
<hr/>		
<i>die wirtschaftliche Entwicklung fördern</i>		
insgesamt	13,61	15,92
darunter: einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen, Chaos verhindern, Erhöhung des Lebensstandards ge- währleisten, Steuervergünstigungen und Investitionsförderung für Klein- und Mittelbetriebe sowie für ehemalige DDR-Betriebe	7,84	9,03
Infrastruktur verbessern, Straßen- netz sanieren, Städte und kultur- historische Bausubstanz erhalten	4,09	4,95
Verbesserung des Warenangebots und der Versorgung insbesondere auf dem Land, mehr Billigmärkte, mehr "Ostprodukte" auf den Markt bringen	0,88	1,02
Erhaltung und Förderung der Land- wirtschaft, Klärung der Boden- besitzverhältnisse	0,80	0,92

Tab. 7 - 4: Erwartungen der Befragungsteilnehmer an Maßnahmen zur Bestrafung der Schuldigen am Niedergang der DDR, differenziert betrachtet

	Anteil der Nennungen an allen Nennungen in %	
	Gesamtgruppe (einschließ- lich Sachsen)	nur Land Sachsen
<hr/>		
<i>die gerechte Bestrafung der Schuldigen am Niedergang der DDR sichern</i>		
insgesamt	7,79	8,88
darunter: "alte Seilschaften" beseitigen, ehemalige SED-Funktionäre und "Bonzen" aus leitenden Stellungen entfernen	4,58	5,00
allgemeine Forderungen in dieser Hinsicht	1,31	1,89
Stasi endgültig auflösen und Mitarbeiter ihrer Ämter entheben, Vergünstigungen abschaffen, gerecht bestrafen	1,22	1,17
Enteignung aller ehemaligen Block- parteien und Organisationen	0,58	0,82

8. ANHANG

8.1. PARTEIPRÄFERENZEN DER EHEMALIGEN DDR-BÜRGER

Im folgenden Abschnitt werden das (fiktive) Wahlverhalten der Bürger in den neuen Bundesländern sowie in Ost-Berlin und das Vertrauen in die großen Parteiblöcke Deutschlands, CDU/CSU und SPD, analysiert.

8.1.1. WAHLVERHALTEN DER EHEMALIGEN DDR-BÜRGER

Die Befragten wurden zunächst gebeten anzugeben, ob sie sich an den bevorstehenden Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 beteiligen wollen. Dabei zeichnete sich eine erstaunlich hohe Wahlbeteiligung von 81 Prozent ab (die sich am Wahltag nicht bestätigte). Berücksichtigt werden muß allerdings, daß weitere 13 Prozent angaben, nicht zu wissen, wem sie ihre Stimme geben sollten. Es liegt nahe anzunehmen, daß der größte Teil dieser Unsicheren am Wahltag dann gar nicht an die Urne trat.

Tab. 8 - 1: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen am 2. Dezember

"Am 2. Dezember finden die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen statt. Werden Sie daran teilnehmen?"

	ja	nein	Das weiß ich noch nicht.
Gesamtgruppe M9	81	11	8
männlich	80	11	9
weiblich	81	11	8
18 - 24 Jahre	63	27	10
25 - 44 Jahre	83	6	11
45 - 64 Jahre	88	6	6
65 Jahre und älter	92	8	0
ohne Beruf	76	16	8
Facharbeiter	81	6	13
Meister	87	9	4
Fachschulabsolvent	92	4	4
Hochschulabsolvent	87	8	5
Optimisten	85	9	6
Pessimisten	58	21	21

Der mehrfach nachgewiesene Zusammenhang von höherer beruflicher Qualifikation und stärkerer Wahlbeteiligung bestätigte sich auch in dieser Untersuchung. Ebenso klar zeichnete sich die ablehnende Haltung der Jugendlichen ab. Auch das war schon in vergangenen Untersuchungen der Fall gewesen. Am höchsten war die Wahlbereitschaft bei den über 45jährigen. Ein weiteres Mal bestätigte sich auch, daß die Optimisten häufiger zur Wahl gehen wollten als die Pessimisten. Da der Zusammenhang von optimistischer Zukunftssicht und konservativer Wahlentscheidung bekannt ist, zeichnete sich

in der wahrscheinlichen Wahlbeteiligung offensichtlich bereits ein Vorteil für die Konservativen ab.

Territoriale Unterschiede in der voraussichtlichen Wahlbeteiligung wurden nicht registriert.

Wie entschieden sich die ehemaligen DDR-Bürger kurz vor den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen? Tabelle 8 - 2 enthält in der Folge die Ergebnisse unserer bisherigen Umfragen von M 1 bis M 8 sowie das jüngste Ergebnis von M 9.

Tab. 8 - 2: Parteipräferenzen im Trend zwischen November 1989 und November 1990

"Welcher der folgenden Parteien/Listenverbindungen werden Sie Ihre Stimme geben?"

	M 1	M 2	M 3	M 4	M 5	M 7	M 8	M 9
CDU	10	13	22	32	35	37	38	41
SPD	6	53	34	26	26	25	27	25
PDS [*]	31	12	17	18	14	12	10	10
F.D.P. ^{**}	23	3	4	6	5	7	5	10
Grüne/Bündnis 90 ^{**}	17	6	5	8	11	12	13	10
DSU	-	2	7	4	3	2	2	2
Republikaner	-	-	-	-	-	-	1	1
einer anderen	13	11	11	6	6	5	4	1

^{*} bei M 9 Linke Liste/PDS

^{**} hier wurden mehrere Parteienergebnisse zusammengezählt: liberale Parteien zwischen M 1 und M 5 (z.B. LDP, NDPD, Bund Freier Demokraten usw.); Bürgerbewegungen zwischen M 1 und M 8 (z.B. Neues Forum, Grüne Partei, Demokratie Jetzt usw.)

Die Trendreihen bestätigen einmal mehr die Stabilisierung des Wählerverhaltens zwischen November 1989 und 1990. Dabei legte die CDU kontinuierlich zu, während die SPD seit April stagniert. Einen stetigen Abwärtstrend seit April verzeichnet die PDS, während die Bürgerbewegungen nach den Volkskammerwahlen kontinuierlich zulegten, was letztlich jedoch im tatsächlichen Wahlergebnis nicht in dieser Deutlichkeit sichtbar wurde. Klar abzulesen jedoch der starke Stimmengewinn der F.D.P. zwischen September und November 1990. Die DSU verlor seit den Volkskammerwahlen stetig und versank in die Bedeutungslosigkeit, in der sie mit den Republikanern zusammentraf. Aufgrund der getrennten Wahlgebiete am 2. Dezember kann man von einem Einzug der Bürgerbewegungen und der F.D.P. in den Bundestag ausgehen. Die F.D.P. muß freilich auch im Westen ein gutes Wahlergebnis erzielen.

Einige Differenzierungen sind in Tabelle 8 - 3 ausgewiesen.

Tab. 8 - 3: Parteipräferenzen vor den Bundestagswahlen, differenziert

"Welcher der folgenden Parteien/Listenverbindungen werden Sie Ihre Stimme geben?"

	CDU	SPD	Linke Liste/ PDS	F.D.P.	Grüne/ Bünd- nis 90	DSU	Repu- bli- kaner
Gesamtgruppe M 9	41	25	10	10	10	2	1
männlich	40	25	8	12	9	3	2
weiblich	40	23	12	10	12	1	1
15 - 24 Jahre	35	19	5	10	18	5	4
25 - 44 Jahre	39	23	10	13	11	2	1
45 - 64 Jahre	47	24	10	8	8	1	1
65 Jahre und älter	37	37	14	8	2	1	0
Arbeitslose	41	19	16	8	9	5	2
Arbeiter	49	27	5	9	6	2	1
Angestellte	34	24	11	13	14	2	0
Selbständige	48	21	0	13	18	0	0
Rentner	44	30	15	6	2	1	1
ohne Beruf	53	20	12	9	3	0	0
Facharbeiter	47	25	7	9	7	2	2
Meister	60	19	2	11	6	1	1
Fachschulabsolvent	32	26	15	12	13	1	0
Hochschulabsolvent	25	22	16	14	20	2	0
wohnhaft in Orten:							
unter 2 000 EW	47	24	5	12	8	2	1
bis 10 000 EW	47	23	7	11	9	2	1
bis 50 000 EW	47	26	8	9	6	2	2
bis 100 000 EW	34	24	9	11	15	1	0
über 100 000 EW	29	23	19	11	15	1	1
wohnhaft in:							
Mecklenburg-Vorp.	49	20	13	8	9	0	1
Brandenburg	30	38	12	11	6	1	1
Sachsen-Anhalt	31	24	11	19	11	1	2
Sachsen	51	20	7	9	9	2	1
Thüringen	47	20	4	9	12	6	0
Ost-Berlin	24	30	24	2	19	0	0
Optimisten	55	18	3	10	8	3	2
Pessimisten	17	34	20	11	13	3	1

|| Geschlechtsspezifische Unterschiede im Wahlverhalten sind kaum auszumachen. Auf einer Links/Rechts-Skala würden Männer insgesamt etwas mehr rechts wählen als Frauen; ein Befund, der auch in den Frühjahrsuntersuchungen des ZIJ registriert wurde.

Einmal mehr wird in Tabelle 8 - 3 das begrenzte konservative Wählerpotential unter Jugendlichen sichtbar. Junge Leute wählten deutlich häufiger Bürgerbewegungen, aber auch etwas häufiger als der Durchschnitt DSU und Republikaner. Jugendliche ordnen sich also entschiedener rechts und links ein als ältere Generationen.

Stark präferiert wurden die Christdemokraten besonders von den Arbeitern und Selbständigen - ein Befund, der sich in der ehemaligen DDR immer wieder zeigte und völlig untypisch für westeuropäisches Wählerverhalten ist. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung der ehemals nicht Privilegierten auf eine schnelle Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Bemerkenswert ist immerhin, daß auch Arbeitslose mit den CDU-Stimmen durchaus "im Schnitt" liegen. Ihre (vorübergehende) fatale Lage veranlaßt sie also keinesfalls, ihre Stimme den gegenwärtig Regierenden zu versagen und neue politische Machtverhältnisse anzustreben.

Je höher die berufliche Qualifikation, um so unterdurchschnittlicher die Stimmanteile für die CDU, um so überdurchschnittlicher die Quoten für PDS und Bürgerbewegungen. Auch dieser Befund ist für "DDR-Verhältnisse" nach der Wende mehrfach nachgewiesen worden. Dabei ist im Herbst bei den Hochschulabsolventen eine Verschiebung der Stimmanteile von der PDS zu den Bürgerbewegungen zu registrieren.

Territoriale Differenzierungen bringen die bekannten Resultate. Die CDU ist in den Dörfern und Städten bis zu 50 000 Einwohnern übermächtig stark, ist aber auch in den größeren Städten vor der SPD zu finden, und dies bereits seit dem Sommer. Die Bürgerbewegungen haben ihre größten Wählerpotentiale in den größeren Städten (eine "Hypothek" aus dem Herbst '89). Auch die PDS hat nach wie vor ihre besten Wahlergebnisse in den Großstädten, besonders bewirkt allerdings durch ihre starke Präsenz in Ost-Berlin.

Auf Länder-Ebene gab und gibt es klare Verhältnisse zugunsten der CDU in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Auch in Sachsen-Anhalt ist die CDU stärkste Partei, hat aber in der F.D.P. einen beträchtlich dazugewinnenden Koalitionspartner. In Brandenburg und Ost-Berlin lag die SPD vorn. Auch diese Ergebnisse sprechen für eine (vorläufige) Wähler-Stabilisierung in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin.

8.1.2. VERTRAUEN ZU CDU/CSU UND SPD

Hier liegen Untersuchungsbefunde von April (M 4), Juni (M 5) und November (M 9) vor, die interessante Entwicklungen verdeutlichen.

Tab. 8 - 4: Vertrauen zu CDU/CSU und SPD

"Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?"

	sehr großes	großes	geringes	überhaupt keins
<u>CDU/CSU</u>				
M 4 Gesamtgruppe	14	29	35	22
M 5 Gesamtgruppe	12	30	33	25
M 9 Gesamtgruppe	11	31	36	22
<u>M 9</u>				
15 - 24 Jahre	7	25	38	30
25 - 44 Jahre	9	32	37	22
45 - 64 Jahre	15	32	35	18
65 Jahre und älter	22	28	28	22
Wähler von: CDU	29	63	8	0
SPD	3	11	61	25
F.D.P.	4	41	45	10
Grüne/Bündn. 90	4	6	57	33
PDS	1	1	36	62
<u>SPD</u>				
M 4 Gesamtgruppe	11	48	36	5
M 5 Gesamtgruppe	7	34	47	12
M 9 Gesamtgruppe	4	24	53	19
<u>M 9</u>				
15 - 24 Jahre	4	25	53	18
25 - 44 Jahre	2	23	56	19
45 - 64 Jahre	5	25	50	20
65 Jahre und älter	15	30	32	23
Wähler von: CDU	2	7	66	25
SPD	14	75	11	0
F.D.P.	2	10	71	17
Grüne/Bündn. 90	1	17	69	13
PDS	0	13	59	28

Während die CDU/CSU in der Gunst der ehemaligen DDR-Bürger stabil bleibt, immer von etwas mehr als 40 Prozent das Vertrauen erhält, ist die SPD im Zeitraum Frühjahr/Herbst 1990 von fast 60 Prozentpunkten auf 28 Prozentpunkte zurückgefallen. Damit zeigen sich hier ähnliche Trends wie im Wahlverhalten der ehemaligen DDR-Bürger, wenngleich keine Identität anzusetzen ist. Wie schon im Frühjahr äußerten vor allem Ältere Vertrauen zu den beiden dominierenden Parteiblöcken, jene also, die 40 Jahre DDR-Sozialismus mehr oder weniger vollständig erfahren haben. Jüngere offenbaren insbesondere gegenüber der CDU ein unterdurchschnittliches Vertrauensverhältnis und bestätigen damit das bereits erwähnte begrenzte konservative Wähler-Potential. Insgesamt zeigen sich jene Differenzierungen wieder, die bereits beim Wähler-Verhalten auftraten: Die CDU/CSU genießt Vertrauen besonders bei Arbeitern und Selbständigen, in kleineren Städten, territorial bezogen vor allem in Sachsen und Thüringen. Für die SPD ergeben sich derartige Unterschiede weniger, lediglich im Land Brandenburg wird überdurchschnittliches Vertrauen deutlich.

Beide Parteiblöcke werden natürlich vorrangig von den eigenen Wählern mit Vertrauen bedacht. Dabei fällt auf, daß die CDU/CSU-Wähler offensichtlich stärkeres Vertrauen zu ihrer Partei entwickelt haben als die SPD-Wähler gegenüber ihrer Partei. Darüber hinaus wird die CDU/CSU lediglich noch von einem nennenswerten Teil der F.D.P.-Wähler toleriert, die SPD von keiner weiteren Wählergruppe. Letzteres ist insofern nicht uninteressant, als die SPD im Frühjahr auch noch bei Teilen der Wählergruppen von PDS und Bürgerbewegungen Vertrauen genoß.

8.2. INFORMATIONEN ZUR UNTERSUCHUNGSPOPULATION

In die für die fünf neuen Bundesländer und Ostberlin repräsentative Stichprobe wurden 1 352 Bürger im Alter zwischen 15 und 75 Jahren einbezogen. Diese Stichprobe ist repräsentativ für die entsprechende Grundgesamtheit entsprechend den offiziellen Angaben von 1989 (Statistisches Taschenbuch 1989):

	Ist	Soll (in %)
<u>Geschlechtergruppen</u>		
männlich	49,7	48,3
weiblich	50,3	51,7
<u>Ortsgröße</u>		
unter 2 000 Einwohner	20,1	23,2
bis 10 000 Einwohner	19,8	17,9
bis 50 000 Einwohner	24,2	23,8
bis 100 000 Einwohner	8,5	8,0
über 100 000 Einwohner	27,4	27,1
<u>Alter</u>		
15 - 24 Jahre	17,3	20,8
25 - 34 Jahre	22,3	21,2
35 - 44 Jahre	19,2	16,2
45 - 54 Jahre	17,8	19,1
55 - 64 Jahre	15,2	13,6
65 - 75 Jahre	8,2	9,1
<u>Bundesländer</u>		
Mecklenburg-Vorpommern	10,3	12,9
Brandenburg	15,1	16,4
Sachsen-Anhalt	17,3	18,2
Sachsen	33,5	29,6
Thüringen	16,2	15,1
Berlin	7,6	7,8
<u>Soziale Gruppen</u>		
Schüler	4,8	keine
Lehrlinge	2,3	neueren
Studenten	2,4	Angaben
Arbeiter	22,2	vorhanden
Angestellte	36,6	
Bauern	2,2	
Selbständige	2,8	
Rentner	15,9	
Sonstige	4,0	
Arbeitslose	6,8	

ZENTRALINSTITUT FÜR
JUGENDFORSCHUNG

Spezielle Ergebnisse der 9. Meinungsumfrage (M 9)
zur Situation im Bundesland Sachsen Ende 1990

TABELLENÜBERBLICK

Leipzig, 31. Dezember 1990

0. VORBEMERKUNGEN

In der Zeit vom 19. November bis 2. Dezember 1990 führte das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ) seine neunte und letzte Meinungsumfrage zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen durch. Wie alle vorhergehenden Umfragen seit November 1989 war auch diese repräsentativ für Bürger der ehemaligen DDR im Alter zwischen 15 und 75 Jahren. Es wurden rund 1350 Personen einbezogen, darunter entsprechend dem realen Anteil des Landes Sachsen an der Bevölkerung Ostdeutschlands rund 440 Sachsen. Es erfolgte eine Zufallsauswahl auf der Grundlage der Einwohnermeldekartei. Ebenfalls auf diese Weise wurde im Land Sachsen eine zusätzliche Stichprobe von rund 320 Bürgern ermittelt. Die im folgenden Tabellenteil angeführten Ergebnisse stützen sich damit auf die Angaben von rund 760 zufällig ausgewählten Personen, die in ihrer demografischen Zusammensetzung den objektiven Kennziffern (soweit bekannt) entsprechen. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Daten repräsentativ für Bürger des Freistaates Sachsen zwischen 15 und 75 Jahren sind.

1. BEREITSCHAFT ZU BERUFLICHER UND TERRITORIALER MOBILITÄT IM ZUSAMMENHANG MIT KÜNFTIGEN ERFORDERNISSEN DER ARBEITSTÄTIGKEIT

Tab. 1 - 1: Beurteilung der Sicherheit des Arbeitsplatzes
(Erwerbstätige ohne Arbeitslose)

"Wie sicher ist Ihr eigener Arbeitsplatz?"

- 1 völlig sicher
- 2 ziemlich sicher
- 3 ziemlich unsicher
- 4 völlig unsicher

	1	2	3	4
M 9 Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	5	43	35	17
18 - 24 Jahre	6	43	33	18
25 - 44 Jahre	5	45	38	12
45 - 64 Jahre	4	41	30	25
18 - 65 Jahre männlich	5	46	33	16
weiblich	5	40	37	18
Arbeiter	3	39	36	22
Angestellte	6	46	34	14
Kurzarbeiter	0	11	48	41

Tab. 1 - 2: Bereitschaft zu beruflicher Mobilität der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Ländern

"Inwieweit sind Sie in Verbindung mit Ihrer Arbeitstätigkeit zu folgendem bereit?"

- 1 vollkommen
- 2 mit gewissen Einschränkungen
- 3 kaum
- 4 überhaupt nicht

	1	2	3	4
<hr/>				
<u>mich in meinem Beruf weiterbilden</u>				
Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	61	21	10	8
18 - 24 Jahre	69	23	2	6
25 - 44 Jahre	68	21	6	5
45 - 64 Jahre	48	22	17	13
18 - 65 Jahre männlich	64	18	10	8
weiblich	57	26	9	8
Arbeiter	51	26	13	10
Angestellte	69	21	6	4
Arbeitslose	37	20	20	23
Kurzarbeiter	62	20	12	6
<u>an einer Umschulung in einen artverwandten Beruf teilnehmen</u>				
Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	33	40	14	13
18 - 24 Jahre	47	32	17	4
25 - 44 Jahre	36	46	10	8
45 - 64 Jahre	25	36	18	21
18 - 65 Jahre männlich	30	40	15	15
weiblich	35	42	13	10
Arbeiter	29	45	13	13
Angestellte	36	39	15	10
Arbeitslose	28	32	14	26
Kurzarbeiter	42	37	11	10

Fortsetzung Tabelle 1 - 2:

an einer Umschulung in einen
völlig anderen Beruf teilnehmen

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	13	35	21	31
18 - 24 Jahre	17	39	19	25
25 - 44 Jahre	15	45	19	21
45 - 64 Jahre	8	19	23	49
18 - 65 Jahre männlich	11	31	21	37
weiblich	16	39	20	25
Arbeiter	12	37	22	29
Angestellte	12	36	20	32
Arbeitslose	16	28	14	42
Kurzarbeiter	21	40	22	17

eine berufsfremde Tätigkeit ausüben

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	17	54	15	14
18 - 24 Jahre	15	50	26	9
25 - 44 Jahre	18	59	12	11
45 - 64 Jahre	16	47	16	21
18 - 65 Jahre männlich	19	47	16	18
weiblich	15	61	14	10
Arbeiter	18	54	18	10
Angestellte	15	56	14	15
Arbeitslose	20	50	16	16
Kurzarbeiter	20	59	14	7

mich selbständig machen

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	10	13	29	48
18 - 24 Jahre	19	13	44	24
25 - 44 Jahre	12	17	34	37
45 - 64 Jahre	5	8	18	69
18 - 65 Jahre männlich	14	15	29	42
weiblich	5	12	30	53
Arbeiter	8	16	27	49
Angestellte	8	14	31	47
Arbeitslose	9	5	35	51
Kurzarbeiter	10	7	36	47

Tab. 1 - 3: Bereitschaft zu territorialer Mobilität der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Ländern

"Inwieweit sind Sie in Verbindung mit Ihrer Arbeitstätigkeit zu folgendem bereit?"

- 1 vollkommen
- 2 mit gewissen Einschränkungen
- 3 kaum
- 4 überhaupt nicht

	1	2	3	4
<hr/>				
<i><u>meinen Wohnort innerhalb meines jetzigen Bundeslandes wechseln</u></i>				
Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	4	15	31	50
18 - 24 Jahre	11	34	34	21
25 - 44 Jahre	4	18	36	42
45 - 64 Jahre	2	8	21	69
18 - 65 Jahre männlich	4	15	30	51
weiblich	3	15	32	50
Arbeiter	2	15	31	52
Angestellte	4	18	33	45
Arbeitslose	5	9	21	65
Kurzarbeiter	4	16	28	52
 <i><u>in eines der anderen ostdeutschen Bundesländer ziehen</u></i>				
Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	2	11	24	63
18 - 24 Jahre	9	30	21	40
25 - 44 Jahre	3	10	31	56
45 - 64 Jahre	1	8	14	77
18 - 65 Jahre männlich	2	11	21	66
weiblich	2	11	26	61
Arbeiter	1	12	21	66
Angestellte	3	12	27	58
Arbeitslose	0	5	14	81
Kurzarbeiter	2	14	23	61

Fortsetzung Tabelle 1 - 3:

*in eines der Bundesländer der
ehemaligen BRD übersiedeln*

Gesamtgruppe 18 - 65 Jahre	3	16	23	58
18 - 24 Jahre	11	36	19	34
25 - 44 Jahre	3	19	29	49
45 - 64 Jahre	2	8	16	74
18 - 65 Jahre männlich	5	17	22	56
weiblich	2	15	24	59
Arbeiter	3	18	22	57
Angestellte	4	15	26	55
Arbeitslose	2	16	16	66
Kurzarbeiter	4	12	25	59

2. ZUKUNFTSOPTIMISMUS, ZUKUNFTSANGST

Tab. 2 - 1: Ausprägung des Zukunftsoptimismus

"Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?"

- 1 optimistisch
- 2 eher optimistisch als pessimistisch
- 3 eher pessimistisch als optimistisch
- 4 pessimistisch

	1	2	(1+2)	3	4
Sachsen gesamt	32	44	(76)	20	4
männlich	36	43	(79)	17	4
weiblich	28	45	(73)	23	4
15 - 24 Jahre	33	52	(85)	10	5
25 - 44 Jahre	31	50	(81)	17	2
45 - 64 Jahre	28	35	(63)	29	8
65 Jahre und älter	47	32	(79)	20	1
Arbeiter	31	47	(78)	18	4
Angestellte	28	48	(76)	19	5
Rentner	40	34	(74)	23	3
lernende/studierende Jugend	40	48	(88)	10	2
Arbeitslose	25	31	(56)	34	10
Kurzarbeiter	21	46	(67)	32	1

Tab. 2 - 2: Empfinden von Zukunftsangst

"Haben Sie Angst vor der Zukunft?"

- 1 ja, und zwar seit Jahren
- 2 ja, aber erst seit einigen Monaten
- 3 nein

	1	2	3
Sachsen gesamt	5	33	62
männlich	5	26	69
weiblich	5	39	56
Arbeiter	5	30	65
Angestellte	5	29	66
Rentner	4	37	59
lernende/studierende Jugend	3	30	67
Arbeitslose	6	53	41
Kurzarbeiter	5	38	57

3. ERLEBEN VON BEDROHUNGEN

Tab. 3 - 1: Erleben von persönlichen Bedrohungen

"Wie stark fühlen Sie sich durch die folgenden Erscheinungen persönlich bedroht?"

- 1 stark
- 2 eher stark
- 3 eher schwach
- 4 schwach

	1	2	(1+2)	3	4
<hr/>					
<i>Ich fühle mich bedroht durch ...</i>					
<u>mögliche eigene Arbeitslosigkeit</u>					
Sachsen gesamt	35	23	(58)	22	20
männlich	29	25	(54)	26	20
weiblich	41!	20	(61)	20	19
15 - 24 Jahre	26	23	(49)	30	21
25 - 44 Jahre	32	23	(55)	30	15
45 - 64 Jahre	45!	22	(67)	13	20
Arbeiter	36	24	(60)	27	13
Angestellte	29	25	(54)	26	20
lernende/studierende Jugend	14	24	(38)	33	29
Kurzarbeiter	52!	30	(82)	14	4
 <u>Zunahme von Aggressivität und Gewalt</u>					
Sachsen gesamt	60	30	(90)	8	2
männlich	55	32	(87)	10	3
weiblich	66	28	(94)	5	1
 Wohnort:					
unter 2 000 Einwohner	55	31	(86)	10	4
bis 10 000 Einwohner	58	32	(90)	8	2
bis 50 000 Einwohner	60	30	(90)	8	2
über 50 000 Einwohner	64	29	(93)	6	1

Fortsetzung Tabelle 3 - 1:

Zunahme von
Rechtsradikalismus

Sachsen gesamt	41	29	(70)	21	9
männlich	36	28	(64)	26	10
weiblich	45	31	(76)	16	8

Zunahme von Egoismus in den
Beziehungen der Menschen

Sachsen gesamt	38	32	(70)	21	9
männlich	35	34	(69)	22	9
weiblich	40	30	(70)	21	9
Arbeiter	36	28	(64)	24	12
Angestellte	37	37	(74)	20	6
Rentner	46	30	(76)	14	10
Arbeitslose	48	25	(73)	19	8
Kurzarbeiter	40	40	(80)	10	10

Zunahme von Kriminalität

Sachsen gesamt	55	34	(89)	8	3
männlich	50	35	(85)	10	5
weiblich	60	33	(93)	6	1

Zunahme von
Linksradikalismus

Sachsen gesamt	25	22	(47)	34	19
----------------	----	----	------	----	----

zunehmende Einwanderung
von Ausländern

Sachsen gesamt	25	27	(52)	27	21
Arbeiter	33	22	(55)	30	15
Angestellte	20	29	(49)	28	23
Arbeitslose	31	33	(64)	17	19

4. VERBLEIB ODER ÜBERSIEDLUNG

Tab. 4 - 1: Verbleibsabsichten auf dem Territorium des Landes Sachsen

"Werden Sie weiterhin in Ostdeutschland leben?"

- 1 Ich bleibe auf jeden Fall hier
- 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben
- 3 Ich werde wahrscheinlich nach Westdeutschland umziehen
- 4 Ich werde auf jeden Fall nach Westdeutschland umziehen

	1	2	(1+2)	3	4	(3+4)
Sachsen gesamt	72	25	(97)	2	1	(3)
männlich	70	27	(97)	2	1	(3)
weiblich	74	23	(97)	2	1	(3)
15 - 24 Jahre	42	50	(92)	5	3	(8)
25 - 44 Jahre	63	35	(98)	2	0	(2)
45 - 64 Jahre	88	11	(99)	1	0	(1)
65 Jahre und älter	97	3	(100)	0	0	(0)
Arbeiter	71	28	(99)	1	0	(1)
Angestellte	68	31	(99)	1	0	(1)
lernende/studierende Jugend	35	57	(92)	6	2	(8)
Arbeitslose	67	25	(92)	6	2	(8)
Kurzarbeiter	68	28	(96)	4	0	(4)

Der Anteil der Bürger des Landes Sachsen, die eine Übersiedlung beabsichtigen, liegt nur knapp unter dem Gesamtdurchschnitt. Auf die Gesamtbevölkerung Sachsens hochgerechnet, trugen sich im Dezember etwa 120 000 Bürger mit solchen Gedanken, darunter rund 50 000 bis 60 000 junge Leute. Die Sorgen der Landesregierung wegen einer anhaltenden Abwanderung in Richtung Westen (bisher etwa 10 000 pro Monat) sind vollauf begründet. Es muß befürchtet werden, daß der Tiefpunkt dieser Abwanderung noch lange nicht erreicht ist.

5. ERWARTUNGEN AN DIE SICHERUNG VON RECHT UND ORDNUNG

Tab. 5 - 1: Einstellungen zur Sicherung von Recht und Ordnung

"Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?"

- 1 Ich bin dafür
- 2 Ich bin dagegen
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
<hr/>			
<i>Recht und Ordnung müssen notfalls auch mit staatlicher Gewalt aufrecht erhalten werden</i>			
Sachsen gesamt	88	8	4
männlich	91	5	4
weiblich	86	10	4
15 - 24 Jahre	79	11	10
25 - 44 Jahre	89	8	3
45 - 64 Jahre	91	7	2
65 Jahre und älter	94	1	5
 <i>Gegen randalierende Gruppen sollte die Polizei mit aller Härte vorgehen (z. B. im Zusammenhang mit Fußballspielen)</i>			
Sachsen gesamt	94	4	2
männlich	95	4	1
weiblich	94	3	3

6. RECHTSRADIKALE FORDERUNGEN

Tab. 6 - 1: Einstellung zu einem vereinten Deutschland in den Grenzen von 1937

"Wie stehen Sie zu den Forderungen nach der Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937?"

- 1 Ich bin dagegen
- 2 Ich bin dafür
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
Sachsen gesamt	76	12	12
männlich	78	14	8
weiblich	75	10	15
15 - 24 Jahre	83	9	8
.			
65 Jahre und älter	77	14	9

Tab. 6 - 2: Haltung zum Auftreten gegen Ausländer, die bei uns arbeiten

- 1 Ich bin dagegen
- 2 Ich bin dafür
- 3 Dazu habe ich keine Meinung

	1	2	3
Sachsen gesamt	63	19	18
männlich	61	22	17
weiblich	64	16	20

7. VERTRAUEN ZU PARTEIEN

Tab. 7 - 1: Vertrauen zu Parteien

"Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?"

- 1 sehr großes
- 2 großes
- 3 geringes
- 4 überhaupt keins

	1	2	(1+2)	3	4
<u>CDU/CSU</u>					
Sachsen gesamt	14	36	(50)	35	15
männlich	18	35	(53)	33	14
weiblich	11	37	(48)	36	16
bis 2 000 Einwohner	19	38	(57)	32	11
bis 10 000 Einwohner	15	36	(51)	35	14
bis 50 000 Einwohner	16	42	(58)	30	12
über 50 000 Einwohner	11	30	(41)	39	20
15 - 24 Jahre	8	33	(41)	38	21
25 - 44 Jahre	14	37	(51)	34	15
45 - 64 Jahre	14	36	(50)	36	14
65 Jahre und älter	25	34	(59)	28	13
Arbeiter	14	37	(51)	34	15
Angestellte	11	34	(45)	37	18
Rentner	19	36	(55)	34	11
lernende/studierende Jugend	15	33	(48)	32	20
Arbeitslose	16	39	(55)	31	14
Kurzarbeiter	14	27	(41)	38	21

Fortsetzung Tabelle 7 - 1:

SPD

Sachsen gesamt	5	21	(26)	55	19
männlich	7	21	(28)	52	20
weiblich	4	20	(24)	58	18
15 - 24 Jahre	3	24	(27)	52	21
25 - 44 Jahre	2	19	(21)	60	19
45 - 64 Jahre	7	20	(27)	54	19
65 Jahre und älter	14	33	(47)	37	16
Arbeiter	7	22	(29)	53	18
Angestellte	4	20	(24)	56	20
Rentner	11	25	(36)	44	20
lernende/studierende Jugend	2	20	(22)	56	22
Arbeitslose	2	24	(26)	54	20
Kurzarbeiter	7	27	(34)	46	20